



## Antrag

der Fraktion der PIRATEN

### **Syrische Kriegsoffer schützen – Flüchtlinge konsequent und bedingungslos aufnehmen!**

#### Der Landtag möge beschließen:

– Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Unterstützung Schleswig-Holsteins für syrische Flüchtlinge deutlich auszuweiten. Dazu möge die Landesregierung insbesondere

- mittels einer Aufnahmeanordnung gemäß § 23 Absatz 1 AufenthG den Aufenthalt syrischer Staatsangehöriger sowie syrischer Kurden ohne jeden Finanzierungsvorbehalt ermöglichen,
- den Transport syrischer Flüchtlinge u.a. aus den syrischen Anrainerstaaten nach Deutschland in Zusammenarbeit mit dem UNHCR organisatorisch und finanziell unterstützen,
- geeignete medizinische, psychologische und sonstige Versorgung dieser Flüchtlinge sowie eine Unterbringung möglichst ohne Nutzung von Gruppenunterkünften sicherstellen und
- dem Landtag vor Ende des Jahres über die durchgeführten Maßnahmen Bericht erstatten.

#### Begründung:

Nach zurückhaltenden Schätzungen forderte der syrische Bürgerkrieg bereits über 150.000 Tote. Gleichzeitig berichten die Vereinten Nationen, dass mittlerweile weit über die Hälfte der syrischen Bevölkerung inner- und außerhalb des Landes auf der Flucht sei – die Hälfte von ihnen Kinder.

Nach den letztjährigen Beschlüssen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien auf Bundes- sowie Landesebene wurde im Frühjahr deutlich, dass die gestellten Anträge

in Schleswig-Holstein die vorgesehenen Kontingente um das 30fache übersteigen. Die jüngste Innenministerkonferenz beschloss eine Verdopplung der bisherigen Kontingente auf 20.000 Plätze. Dies reicht nicht aus!

Den Menschen aus Syrien müssen nun endlich realistische Möglichkeiten geboten werden, dem tödlichen und weiter andauernden Bürgerkrieg zu entkommen, ohne ihr Leben auf der Anreise nach Europa im Mittelmeer, im Schwarzen Meer oder in den hightech-überwachten Mauern und Stacheldrähten der türkisch-europäischen Grenzen riskieren zu müssen.

Bereits im Juni 2013 stellte der Deutsche Bundestag in einem fraktionsübergreifenden Beschluss fest, dass die Anrainerstaaten Syriens mit der Flüchtlingshilfe überfordert seien – und forderte neben der Bundesregierung auch die Bundesländer auf, diesbezüglich aktiv zu werden. Die bislang beschlossenen Kontingente stehen jedoch in keinem realistischen Verhältnis zu den Flüchtlingszahlen, außerdem machen die zur Durchführung beschlossenen Kriterien es dem Großteil der syrischen Flüchtlinge unmöglich, überhaupt in das Verfahren einzutreten.

Wenn wir als Land Schleswig-Holstein unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und Leben retten wollen, müssen wir jetzt handeln und ein eindeutiges Zeichen setzen. Der Blick nach Norden kann dabei inspirieren: Schweden beschloss im vergangenen Jahr, allen Syrerinnen und Syrern unbefristet Asyl zu gewähren zu wollen. Dies ist der richtige Weg: Konkret vom Tod bedrohten Menschen konsequent Zuflucht bieten – ohne Wenn und Aber, ohne Kontingente und Kriterien. Der § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz ist für genau diesen Fall geschaffen. Der Verweis auf das notwendige Einvernehmen des Bundesinnenministers oder mögliche anderweitige Maßnahmen auf Bundesebene darf uns nicht davon abhalten, es überhaupt erst selbst zu versuchen. Es ist Zeit für Taten statt Worte!

Angelika Beer, MdL

Torge Schmidt, MdL  
und Fraktion